

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Inländische Abnehmer erhalten 10% Ermäßigung. — Abnahme von Anzeigen und sonstigen Inseraten nach Vereinbarung. — Abnahme von Anzeigen und sonstigen Inseraten nach Vereinbarung. — Abnahme von Anzeigen und sonstigen Inseraten nach Vereinbarung.

Abgabe des Tagesblattes: Die 2. Spalte 20 Goldpfennig, die 3. Spalte 30 Goldpfennig, die 4. Spalte 40 Goldpfennig, die 5. Spalte 50 Goldpfennig, die 6. Spalte 60 Goldpfennig, die 7. Spalte 70 Goldpfennig, die 8. Spalte 80 Goldpfennig, die 9. Spalte 90 Goldpfennig, die 10. Spalte 100 Goldpfennig. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Nr. 186 — 83. Jahrgang Wilsdruff-Dresden Sonntag den 10. August 1924

Wird es gelingen?

Fast sieht es so aus, als ob Macdonald alles wohl gelingen sollte, was er in die Hände nimmt, wie König Midas sich alles in Gold verwandelte, was er in die Finger bekam. Mit der deutschen Delegation wird er sich zwar etwas länger gebunden müssen, als er sich vorgenommen hatte, aber die Verhandlungen machen doch von Tag zu Tag, von Nacht zu Nacht offensichtliche Fortschritte, und das berechtigt zu der Hoffnung, daß es nicht nötig sein wird, sie ergebnislos abzubrechen. Denn natürlich, je mehr Differenzpunkte schon aus der Welt geschafft sind, desto unmöglicher muß es erscheinen, um der verbleibenden Schwierigkeiten willen das ganze Unternehmen scheitern zu lassen. Eine Empfindung, die ebenso wohl für wie gegen den deutschen Standpunkt sich auswirken muß. Verhandlungen dieser Art pflegen ja wohl feilsch und überall mit einem Kompromiß zu enden, weil dieses sich als das kleinere Übel darstellt gegenüber den Möglichkeiten, die im anderen Fall unweigerlich am politischen Horizont aufstehen. Noch werden und noch müssen sich unsere Delegierten das letzte Wort vorbehalten, solange in der Räumungsfrage nicht ein entscheidender Fortschritt erzielt ist. Hier wird der englische Ministerpräsident bei seinen französischen Freunden noch wesentliche Zugeständnisse für Deutschland zu erkämpfen haben. Ohne sie werden die deutschen Unterschriften nicht zu gewinnen, oder, wenn sie in London trotzdem gegeben werden sollten, in Berlin nicht zu ratifizieren sein.

Aber auch die englischen Verhandlungen mit Rußland haben plötzlich, unmittelbar nachdem sie als abgeschlossen erklärt worden waren, ein freundliches Gesicht angenommen. Hier hat sich der starke politische Wille der britischen Kabinettsleitung gegenüber den Verhandlungsführern durchgesetzt, die sich seit Monaten um ein erträgliches Abkommen mit den Sowjetherren bemühten und doch nicht zum Ziele kommen konnten, weil der rechte Mittelweg zwischen der antikapitalistischen Einstellung dieser Moskauer Unterhändler und ihrer unendlichen Sehnsucht nach christlichem Auslandskapital nicht zu finden war. Daß mit bloßen Sowjetrubeln die Nähebereitschaft nicht länger aufrechtzuerhalten ist, darüber herrscht wohl zwischen beiden Parteien volle Übereinstimmung. Aber die Anerkennung und die Bezahlung von Vorkriegsschulden ist und bleibt nun einmal für diese Volkswirtschaft eine sehr unbehagliche Sache, schon wegen der Folgen, die sich aus ihrer Nachgiebigkeit einem Gläubigerstaate gegenüber für ihre sonstigen Schuldverhältnisse ergeben müssen. Das schwerste Hindernis für jegliche Verständigung ist aber doch wohl auch bei diesen Verhandlungen das nur zu sehr berechtigte Misstrauen in die Ehrlichkeit der Absichten und Versprechungen der Sowjetherren gewesen. Deutschland steht bereits seit dem berühmten Rapallovertrag in sozusagen normalen Vertragsbeziehungen zur Sowjetrepublik und muß deshalb wohl oder übel so tun, als habe es mit einem anständigen Vertragspartner zu verhandeln. England steht jetzt erst vor der Entscheidung der Frage, ob es richtig sei, normale Beziehungen mit dem Rußland von heute herzustellen. Die Vorgänger von Macdonald haben es zwar an Versuchen nicht fehlen lassen, aus dem vertraglosen Zustand herauszukommen, aber dabei ergab sich gewöhnlich nur ein nicht gerade durch übermäßige Höflichkeit ausgezeichnete Notenwechsel, der allenfalls zu unergieblichen Begegnungen führte, nach denen der Stand der Dinge sich nur zu verschlimmern pflegte. Jetzt plötzlich ist ein Vertragsschluß in zustande gekommen und der Premierminister zeigt sich willens, ihn unter allen Umständen noch vor der großen Sommerpause, die endlich auch für das englische Parlament beginnen soll, unter Dach und Fach zu bringen. Fragt sich nur, ob das Parlament ihm dabei Befolgung leisten wird. Die vielen kleinen Niederlagen, die Macdonald seit seinem Regierungsantritt im Unterhaus erlitten hat, konnten seine Nachstellung einwirken nicht erschüttern. Denn wer mit so großen Dingen befaßt ist wie er, tut ganz recht daran, sich nicht um jeden politischen Quark zu bekümmern, der hinter seinem Rücken vorgeht. Ein Staatsvertrag mit den Russen ist aber natürlich eine Angelegenheit ersten Ranges. Das Unterhaus zeigt sich ob der Nachricht über seinen Abschluß ordentlich alarmiert. Schon ist Lloyd George aufgestanden und hat eine scharfe Attacke gegen ihn geritten. Ebenso lassen die Konservativen erkennen, daß sie Macdonald auf diesem Wege nicht zu folgen gedenken, da sie aus leidvoller Erinnerung wissen, wer bei solchen Rufenpalten der gewinnende und wer der verlierende Teil ist.

Macdonald aber sieht offenbar auf dem Standpunkt, daß er nicht weniger berechtigt sei, auf eigene Klappe Staatsverträge mit fremden Regierungen zu schließen, wie irgendein liberaler oder konservativer Premierminister vor ihm. Hier tut sich also die Möglichkeit eines Zweifels auf, der eine Nachfrage ersten Ranges in sich schließt und nur als solche behandelt werden kann. Wenn konservativ und liberal, was sehr möglich ist, in diesem Punkt gegen Macdonald zusammenstehen, so würde das Schicksal der ersten Arbeiterregierung in England entschieden sein.

Londoner Ergebnisse.

Unterhaltung zwischen Marx und Herriot.

Es ist zwar noch alles im Fliegen, aber es sieht doch so aus, als wenn die Arbeiten in London sich einem bestimmten Ziele näherten. Wie weit sich dieses Ziel mit den berechtigten Wünschen und Hoffnungen des deutschen Volkes decken wird, ist allerdings vorläufig noch recht unklar. Tatsache bleibt jedenfalls, daß eine unmittelbare Verständigung zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem deutschen Außenminister einerseits und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot andererseits außerhalb der offiziellen Konferenz stattgefunden hat.

Nach französischen Berichten habe Reichskanzler Dr. Marx zu Anfang der Unterredung gesagt, daß er nicht nur gekommen sei, um Herriot der außerordentlichen Wertschätzung, die er ihm entgegenbringe, zu versichern, sondern um zur Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen beiden Ländern beizutragen. Darauf erklärte Herriot, daß er von derselben Absicht besetzt sei. Allerdings seien noch sehr viel Schwierigkeiten zu überwinden, doch sei er von der Hoffnung durchdrungen, daß es gelingen werde, den Frieden in Europa wiederherzustellen, wenn die beiden Regierungen zusammen zu arbeiten vernüchtern. Marx erwiderte hierauf, daß er weniger als Diplomat, wie als Mann des guten Willens gekommen sei, und daß, wenn es Herriot gelinge, der zu bekämpfenden Schwierigkeiten Herr zu werden, er sich sagen könne, für die ganze Welt etwas Großes getan zu haben.

Die Unterhaltung dauerte eine Viertelstunde. Bald darauf machte Herriot einen Gegenbesuch bei den deutschen Herren. Einige Stellen in London, die sich als gut unterrichtet bezeichnen, behaupten, daß sich an diese erste Fühlungsnahme bald eine Einigung zwischen den französischen und den deutschen Sachverständigen über die Modalitäten des Sachlieferungsverfahrens schließen werde. Das Pariser Blatt „Le Nouvelliste“ schreibt, Reichskanzler Marx und Außenminister Stresemann befänden sich in einer parlamentarisch äußerst schwierigen Lage. Die Notwendigkeiten der inneren Politik seien für beide demgegenüber gebieterisch, daß die Alliierten und besonders die französische Delegation unrecht täten, wenn sie darauf nicht in weitestem Maße Rücksicht nehmen würden. Frankreich habe gar kein Interesse daran, daß im Reichstage eine starke Opposition gegen ein Abkommen über die Reparationen hervorgerufen würde.

Später fand auch ein Besuchsaustausch zwischen den deutschen und belgischen Delegierten statt.

Erste Konferenz-Resultate

Die bisher in London erzielten Kompromißpunkte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Das Sachverständigengutachten wird zehn Tage früher zur Ausführung gebracht, als zuerst beabsichtigt. Die Deutschen haben eine frühere wirtschaftliche Räumung der Ruhr durchgesetzt. Der erste Teil des Finanzplanes (Zölle) wird bereits am 24. September, statt am 1. Oktober, der zweite Teil (Eisenbahn) am 1. Oktober, statt am 15. durchgeführt. Eine Nichterfüllung der Reparationszahlungen kann nur dann Sanktionen nach sich ziehen, wenn sie absichtlich (bisher offensichtlich) ist. Die Abmachung über die politischen Ruhr- und Rheinverträge ist im deutschen Sinne geregelt worden. Die Alliierten schließen aus der Annahme alle aus, die für Totschlag oder Sabotage oder für Laten verurteilt sind, die mit Todesfall enden; die Deutschen schließen alle Separatisten aus. Zur Reparationskommission wird jedoch kein Deutscher zugelassen.

Die Verhandlungen über die Anleihe für Deutschland, die Eisenbahn- und Berechnungsfragen dauern an. Die Reparationskommission hat dem Entwurf über die Gründung der deutschen Goldnotenbank zugestimmt.

„Nach Meldungen aus Washington“ soll Präsident Coolidge nicht die amerikanische Regierung nicht in der Lage sei, die Garantie für die Deutschland zugewährte Anleihe zu übernehmen, sondern daß dies ausschließlich Sache der die Anleihe zur Emission bringenden Banken sei.

Die bedrohte Anleihe.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 9. August. Nach zuverlässigen Meldungen des „Daily Telegraph“ soll es gestern nachmittag im Räte der Sechzehn eine Sensation gegeben haben, als die englischen Bankiers erklären ließen, daß sie wegen der von Macdonald im russischen Vertrag hinter ihrem Rücken zugesagten Anleihegarantie für die Sowjetregierung es ablehnen müßten, sich an irgendwelche Verhandlungen über die Placierung der deutschen Anleihe in London einzulassen. Die deutschen Unterhändler sollen darauf sofort die Frage aufgeworfen haben, was in einem solchen Falle der schlecht verhehlten Sabotage des Dawes-Berichtes auf seien

der Londoner Finanz zu geschoben habe, da der Abschluß der Anleihe bekanntlich einer der fünf Punkte sei, die die Reparationskommission als Voraussetzung für die Feststellung bezeichnet, daß der Dawes-Plan in Kraft getreten und somit auch die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes abgeschlossen sei. Der englische Ministerpräsident soll sich bereit haben, seitens der amerikanischen, belgischen und englischen Delegation die Versicherung abzugeben, daß man alles nur Erdenkliche tun werde, um die notwendige Anleihe sicherzustellen.

Die amerikanische Anleihe gesichert?

London, 9. August. Ein führender amerikanischer Bankier, der mit den Delegierten der Londoner Konferenz in engster Fühlung gestanden hat, erklärte gestern, die 800-Millionen-Anleihe wäre jetzt endgültig gesichert.

Die gestrigen Arbeiten der Konferenz.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 9. August. Die alliierte Konferenz mit den Deutschen wurde gestern unter dem Vorsitz Macdonalds am Nachmittag begonnen. Sie besprachen erste Fragen, darunter auch die militärische Räumung des Ruhrgebietes. Die beiden Kommissionen der Konferenz tagten gleichzeitig und trennten sich vor der Plenarsitzung. Herriot und Theunis blieben, nachdem die anderen Mitglieder sich zurückgezogen hatten, noch mit Macdonald allein. Sie besprachen die von Nollet gemachten Forderungen, die völlige militärische Abrüstung oder Entmilitarisierung der Sipo, bevor das Abkommen über die deutsche Abrüstung dem Völkerbund zu übertragen ist. Die zweite Kommission der Sachverständigen beschäftigte sich mit einigen Fragen, die auf eine Forderung der Reparationskommission zurückzuführen ist, die vor Beginn der Londoner Konferenz die fünf Punkte bestimmte, die erfüllt sein müssen, bevor die Reparationskommission annehmen kann, daß der Dawes-Plan tatsächlich funktioniert, besonders über den fünften Punkt, der bestimmt, daß die Anleihe von den Bankiers vertraglich übernommen werden muß. Dagegen haben die Deutschen den Einwand erhoben, daß Deutschland hierfür nicht verantwortlich gemacht werden kann, da nicht Deutschland den Vertrag mit den Bankiers abschließt. Dieser Einwand ist zum größten Teil als berechtigt anerkannt worden und der Bericht der zweiten Kommission wurde heute neuerlich in diesem Sinne revidiert. Sobald die Redaktion fertig ist, wird sie der Plenarsitzung unterbreitet werden.

Eine Havasnote über die Kölner Zone.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 9. August. Eine offiziöse Havasnote aus London bestätigt die Angabe über eine französisch-englische Vereinbarung hinsichtlich der Räumung der Kölner Zone. In der Note wird ausgeführt, daß die britischen Truppen in Köln verbleiben müßten, bis die Verbündeten die Wiederaufnahme der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland und die Erzielung einwandfreier Ergebnisse erreicht hätten. Die britischen Truppen müßten mindestens solange in der Kölner Zone ausbleiben, bis der Völkerbund ein wirksames System ausgearbeitet habe, daß anstelle der interalliierten Militärkontrolle zur Anwendung gelangen soll. Davos betont zum Schluß, daß eine definitive Verständigung erst nach der Rückkehr Herriots nach London erfolgen würde.

Ruhepause.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 9. August. Das Wochenende hat sich durchgesetzt. Die Abreise Herriots und Macdonalds bedeutet eine Pause in dem Fortgang der Konferenz, die wahrscheinlich dazu ausgenutzt werden wird, die erledigten Arbeiten zu prüfen und die Berichte für die Folgezeit spruchreif machen. Unter diesen Umständen ist es möglich, daß Reichskanzler Marx und Dr. Stresemann einer Einladung des Lord Palmoor, dem Vertreter der Arbeiterpartei im Oberhaus, auf seinen Landstift nach Henley Folge leisten werden.

Eine Konferenz über die interalliierten Schulden in Paris?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 9. August. Wie der Sonderberichterstatter der Havasagentur aus London meldet, hat Herriot noch gestern bei Macdonald durchgesetzt, daß Sachverständige sofort die Vorarbeiten zur Einberufung einer Konferenz in Paris in Angriff nehmen, auf der das Problem der interalliierten Schulden erörtert werden soll. Auf dieser Konferenz wird auch insbesondere die Frage der Verteilung der 23 geleisteten Reparationszahlungen Deutschlands erörtert werden und ferner die Verteilung der Zahlungen nach der Durchführung des Dawes-Planes im ersten Jahre. Weiter wird darüber verhandelt werden, Frankreich und Belgien die Ankosten der Ruhrbesetzung aus den Einnahmen der Reparationszahlungen bestreiten zu lassen.